

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 6. Dezbr. Se. Maj. der König haben Allernächst geruht: Dem Wirklichen Geheimen Rath und Generaldirektor der Museen, Dr. von Olfers, den Königlichen Kronenorden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Roten Adlerordens mit Eichenlaub zu verleihen: dem Ober-Konsistorialrathe, Probst und Professor Dr. Nitsch die erbetene Entlassung aus seinem bisherigen Amtsverhältnisse als Mitglied des evangelischen Ober-Kirchenrats unter Ernennung zum Ehrenmitgliede dieser Bevörde zu ertheilen; den Kreisgerichtsrath Kandler in Havelberg zum Direktor des Kreisgerichts in Hohenstadt zu ernennen; und den Domänenvätern Ober-Amtmann Landschaftsrath Eggert zu Weesendorf und Oberamtmann Wien zu Fischhausen den Charakter als Amtsrath zu verleiben.

Telegramme der Posener Zeitung.

Berlin, 5. Dezember. Die Zeitungsnachricht: Der Chef des Militärkabinetts, Oberst v. Treskow werde eine andere Stellung erhalten, ist unbegründet.

Hannover, 5. Dezember. Ein Allerhöchster Erlass ermächtigt den Generalgouverneur, diejenigen Beamten, welche den Intentionen der Regierung nicht nachkommen, ohne Rückfrage zu suspendiren. Die hannoverschen Militärpersonen, die sich an Agitationen gegen die Regierung beteiligen, sollen nach der Festung Minden abgeführt und zur kriegsgerichtlichen Untersuchung gezogen werden. Ein Gleches soll denjenigen Personen widerfahren, die sich beleidigungen gegen Militärpersonen in Uniform zu Schulden kommen lassen.

Wien, 5. Dezember, Nachmittags. Die „Wiener Abendpost“ meldet als zuverlässig aus Kompiègne: Der Kaiser Napoleon habe dem österreichischen Botschafter, Fürsten Metternich, mitgetheilt, daß Marschall Bazaine Auftrag erhalten habe, die österreichischen Legionäre in Mexiko, falls dieselben in die Heimat zurückzukehren wünschen, ganz den französischen Truppen gleich zu behandeln, und ihnen freie Rückkehr zu sichern.

Katholische Lehranstalten.

Im Landtage hat der Abg. Kantak die schon seit längerer Zeit betriebene Errichtung höherer katholischer Lehranstalten im Großherzogthum Posen in Anregung gebracht, insbesondere die Nothwendigkeit eines polnischen Gymnasiums in Bromberg hervorgehoben. Wir sagen ausdrücklich eines polnischen, obgleich das aus der eingegangenen Depesche nicht erscheint. Es ist aber weit verkehrt, daß ein Gymnasium in Leżajsko, welches sich als polnisches qualifizierte, ein Gymnasium in der Stadt Posen oder Bromberg gefordert wird; das in Gnesen errichtete Gymnasium wird, weil Simultan-Anstalt, als entsprechender Erfaß auf polnischer Seite nicht angesehen, die Erhebung des Gymnasiums in Schrimm zu einem vollständigen nicht in Betracht gezogen.

Wenn nicht Alles täuscht, so wird der Antrag des Herrn Kantak in den entscheidenden Kreisen, wohl auch bei der Majorität des Abgeordnetenhauses auf schwere Bedenken stoßen. In den ersten ist unseres Wissens keine Stimmung vorhanden für konfessionell und national getrennte höhere Lehranstalten; vielmehr ist, Dank der klaren Beurtheilung der hiesigen Schulbehältnisse Seitens unserer höchsten Verwaltungsbehörde, auch in Berlin endlich die Regierung für Herstellung von Simultan-Schulen zum Durchbruch gekommen. Man sieht heute ein, daß mit der Trennung des hiesigen Marien-Gymnasiums im Jahre 1834 in ein katholisches und ein evangelisches ein Fehler begangen worden ist, der sich nicht wiederholen darf. Ohne Frage liegt die Nothwendigkeit, ein drittes Gymnasium hier zu errichten, vor, da beide Gymnasien bereits an Überfüllung leiden; aber wir vertrauen der Einsicht des Provinzial-Schulkollegiums, daß es zu keiner anderen Anstalt, als einer simultanen, die Hand bieten und gleichmäßig verfahren wird, wenn sich in Bromberg das Bedürfnis nach Gründung eines zweiten Gymnasiums zeigen sollte.

Über die Nothwendigkeit, mindestens der höheren Lehranstalt, bei unserer Zersplitterung in Nationalitäten und Konfessionen, den Charakter der Besonderheit zu nehmen, herrscht unter Konservativ und Liberal volle Uebereinstimmung; die Simultan-Schule ist, möchten wir sagen, eine Förderung der gebildeten Welt. Vom Standpunkte der Wissenschaft, wie der praktischen Erfahrung und dem Standpunkte der religiösen Toleranz läßt sich nichts dagegen einwenden.

Um so auffallender muß es sein, wenn ein Mann wie der Abgeordnete Kantak, einer dem Geiste der Zeit so schmierstracks entgegengesetzten Kundgebung fähig ist. Aber die Erscheinung ist nicht neu, daß die Polen unter dem Zwange des Parteidienstes trotz aller liberaler Neigungen, trotz fortwährender Ausrufung der Berechtigung des Fortschritts dennoch sehr oft festhalten und suchen, was nach unseren Begriffen der offensichtliche Gegenzug des liberalen Fortschritts ist. Bei ihnen ist der Fortschritt abgeschlossen mit der Nationalität und Kirche, das ist es, was uns von ihnen trennt. Sie wollen die Schule unter die Kirche stellen, wir wollen, ohne die Kirche ihres natürlichen Einflusses zu berauben, die Schule frei machen.

Sie wollen Pflanzstätten der Nationalität, wir wollen in der Schule den Grund zu einer festen preußischen Gesinnung legen; sie fürchten die religiöse Verführung aus Sorge, dem Religionsschäfe Nahrungr zu geben, wir wollen die möglichst frühe Verführung und führen sie herbei, überzeugt, daß nur die Abgeschlossenheit den Hass erzeugt, die Gemeinschaft seine wirksamste Gegner ist.

Vor Kurzem ging das Gerücht, die polnische Partei bedränge das Kultusministerium um Herstellung einer polnischen Akademie für katholische Theologen. Das Kultus-Ministerium soll dem Verlangen in der Hauptstädte nachgegeben und eine theologische Akademie nach dem Muster der Münsterschen in Aussicht gestellt haben, ohne ihr jedoch die Eigenschaft einer polnischen zuzuschreiben. Seitdem scheint es, hat man das Verlangen fallen lassen und wird sich an dem hiesigen Geistlichen-Seminar genügen lassen, das jetzt, während es in den vierzig Jahren ein vorwiegend deutsches Institut war, ein spezifisch polnisches ist. Wenn wir der Regierung zugestehen müssen, daß sie die Bildungs-Interessen im

Auge hat, so kann Niemandem entgehen, daß der polnischen Partei die National-Interessen die wichtigeren sind.

Gewiß steht uns unsere Nationalität auch nicht niedrig und wir achten jedes in den Umständen gerechtfertigte Bestreben anderer Nationalitäten die gebührende Stellung zu behaupten, aber die allgemeine Bildung steht uns noch höher. Außerdem haben wir auch noch gegen eine dritte Nationalität Gerechtigkeit zu üben, die unter uns wohnt, die mächtig nach dem Lichte drängt, die Schulen aller Städte der Provinz oft zu einem bedeutenden Bruchtheil hält und wahrhaft fähig ist, ihre Nationalitätsrücksichten dem Bildungsbedürfnisse unterzuordnen. Schon dieser Nationalität wegen können wir die Simultan-Schule nicht entbehren; oder was würde aus unseren Bildungsverhältnissen werden, wollten wir bei unserer ökonomischen Zuständen Schulanstalten von dreierlei Charakter gründen! Die Zahl der Gymnasien und höheren Lehranstalten müßt in der Provinz vermehrt werden, das ist evident, aber die Möglichkeit ist nur gewahrt durch das Zusammengehen aller Theile, nicht durch den Separatismus. Wir müssen mehr zusammengehen, das ist auch eine politische Nothwendigkeit; es darf unter uns nicht mehr gesagt werden, wie es das hiesige tonangebende polnische Blatt gestern noch gethan: „Wir haben mit den Deutschen nichts gemein.“ Wir müssen alles Bessere mit einander gemein haben, und, wir sollten es wenigstens glauben, unsere polnischen Provinzen müßten sich Glück wünschen, wenn sie recht viel mit den Deutschen gemessen hätten. Es wird das Schlimmste nicht sein.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 5. Dezbr. Die Nachricht, daß das Herrenhaus schon am 15. d. Mts. die Berathungen des Budgets beginnen werde, ist unrichtig. Dasselbe wird überhaupt erst am 18. seine Plenarsitzungen beginnen, während seine Kommission freilich schon jetzt die aus den Vorberathungen des Abgeordnetenhauses hervorgehenden Budgetparagraphen, deren endgültige Annahme im Ganzen vorausgesetzt werden darf, der Berathung unterzieht. — Das Thema der angeblichen Verhandlungen mit dem Papste kann noch immer keine Ruhe finden. Namenlich sind es katholische Organe, welche noch immer daran glauben. Jetzt wird behauptet, der Vertreter Preußens in Rom, Herr v. Arnius, sei in dieser Angelegenheit thätig, befindet sich aber dabei nicht in Übereinstimmung mit dem Grafen Usedom, dem Vertreter in Florenz, dessen Vermuthungen er durchkreuzt. Es ist aber doch gar zu absurd, darüber, ob ein Katholikenprälat im einzelnen eingeschworen ist, was auf einenundenbaren Mangel an einheitlicher Leitung der auswärtigen Angelegenheiten schließen lassen würde. Es ist vielmehr That-sache, daß die genannten beiden Gesandten so wie der Graf von der Goltz die Verhältnisse des päpstlichen Stuhls von durchaus gleichem Gesichtspunkte aus behandeln. — Wenn die heutige „Prov.-Korr.“ in ihrem an die Spitze gestellten Artikel über den „Norddeutschen Bund“ noch sagt, auf die Circulardepeche der preußischen Regierung vom 21. v. Mts. hätten „fast alle“ Regierungen entsprechend geantwortet, so entspricht das dem Stand der Dinge von heute in soweit nicht mehr, als jetzt auch endlich von der hessischen-darmstädtischen Regierung eine zustimmende Antwort eingegangen ist, in der die Entsendung eines Kommissärs zu den am 15. Dezember beginnenden Vorberathungen so wie die Anordnung der Wahlvorberathungen angekündigt wird. Es ist allerdings die höchste Zeit, daß die genannte Regierung mit Energie vorgehe, denn, wie man vernimmt, ist in dem zum Norddeutschen Bunde gehörigen Theile Hessens noch nicht das Mindeste für die Wahlen geschehen, so daß es kaum bei dem größten Fleiß möglich sein wird, dieselben noch rechtzeitig vornehmen zu lassen. Diese Säumigkeit ist um so mehr befremdend, als sie im geraden Gegensatz zu der Energie und Bereitwilligkeit der sächsischen Regierung in gleicher Angelegenheit steht, die doch eben so wie die hessische erst in Folge eines Friedensschlusses zur Theilnahme am Bunde veranlaßt ist. Wie weit die Bemerkung der „Prov.-Korr.“ im Verfolg desselben Artikels präzise ist, daß die preußische Regierung bereits die Grundzüge der Verfassung entworfen habe, muß ich dahingestellt sein lassen. Nach meinen heute Nachmittag an betreffender Stelle eingezogenen Erkundigungen ist ein eigentlicher Verfassungsentwurf noch nicht festgestellt. Es ist auch kaum denkbar, daß eine solche Feststellung ohne direkte Beiziehung des Ministerpräsidenten geschehen sein sollte, wenn er sich auch während seines ländlichen Aufenthalts mit der Angelegenheit beschäftigt haben wird, doch schwerlich einen fertigen Entwurf mitgebracht hat. Das jedoch jetzt an demselben eifrig gearbeitet wird, unterliegt natürlich keinem Zweifel.

— Der Bischof von Limburg hat unter dem 15. Oktober c. aus Anlaß der Vereinigung des vormaligen Herzogthums Nassau und des Gebiets der Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie einen Hirten-Brief erlassen, dessen Inhalt dafür zeugt, daß derselbe die Aufgabe der kirchlichen Organe in den neuworbenen Landesteilen richtig erkannt hat, von ihrem Standpunkt dazu mitzuwirken, daß in den Gemüthern ein aufrichtiger Anschluß an die nach Gottes Fügung eingetretene neue Ordnung der Dinge angebahnt und dasjenige Vertrauen zur Regierung Sr. Majestät des Königs geweckt werde, dessen sie bedarf, wenn sie an der Förderung der Gesammtwohlfahrt des Staates wie der singulären Interessen der verschiedenen Bestandtheile desselben mit allseitig gesegnetem Erfolg arbeiten soll.

Dies haben Sr. Majestät der König selbst in einem Allerhöchsten Schreiben vom 21. v. M. in Erwiderung auf eine von dem Bischof von Limburg Allerhöchstenselben überreichte Adresse, welcher ein Exemplar des gedachten Hirtenbriefes beigelegt war, huldvollst anzuerkennen geruht. Dasselbe lautet:

Hochwürdiger Bischof! In Ihrer aus Anlaß der erfolgten Vereinigung des Herzogthums Nassau und des Gebiets der freien Stadt Frankfurt a. M. mit Meinen Staaten an Mich gerichteten Immediatvorstellung vom 19. vorigen Monats, wie in Ihrem Hirten-Schreiben vom 15. vorigen Monats, wo von Mir ein Exemplar von Ihnen überreicht worden ist, haben Ihre Ge-Ge-

Unterlate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

(gez.) **Wilhelm,**
(aeg.) von Mühlberg.

An den Bischof von Limburg, Dr. Blum, zu Limburg a. R.

— Der vierjährige Sohn des Kronprinzen, Prinz Heinrich, hat mit seinem Gouverneur, Hauptmann v. Schröter, eine Reise nach England und von dort nach Ostindien angetreten. Die Reise ist für den Prinzen, welcher zur Kräftigung seines Körpers eines wärmeren Klimas bedarf, von ärztlicher Seite verordnet worden.

— Se. f. H. der Kronprinz von Dänemark trifft morgen (Donnerstag) früh um 5 Uhr 30 Minuten von St. Petersburg hier ein. Auf Wunsch Sr. königl. Hoh. findet sein Empfang statt. Zur Aufwartung bei dem Kronprinzen während der Anwesenheit Höchsteselben sind der General-Lieutenant und Director der Kriegs-Akademie, v. Egel, und der Flügeladjutant Sr. M. des Königs, Major Graf v. Lehndorff, bestimmt. Se. königl. Hoh. wird im hiesigen königl. Schloß Wohnung nehmen. (R. P. Bzg.)

— Wie der „Elb. Z.“ mitgetheilt wird, soll eine der ersten Aufgaben des Grafen Bismarck sein, bei der österreichischen Regierung Vorstellungen gegen die Umtreibe des früheren Königs von Hannover erheben zu lassen, die im direkten Widerspruch gegen die Bestimmungen des Prager Friedensvertrages stehen. Eine altenmäßige Darstellung der Agitationen, welche die Agenten des Königs von Hannover direkt und indirekt auf preußischem Boden unterhalten, ist bereits im auswärtigen Amt zusammengestellt worden.

— In dem Ministerrat am Sonntag ist, wie das „N. A. B.“ meldet, die Einführung einzelner Artikel des preußischen Strafgesetzbuchs in Frankfurt a. M. berathen worden. Dem Berethen nach ist in präsidirte bereits diesem Mittwoch.

— Die in dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt ausbedeutene Rückgabe von Werthgegenständen des Kölner Dom es steht nun ebenfalls bevor. Zum königlichen Kommissar ist dafür preußischerseits, in Übereinstimmung mit dem Vorschlage des Kölner Domkapitels, der Domherr Dr. Frentzen ernannt worden, und wird, nach gleichmäßiger Bevollmächtigung eines großherzoglich hessischen Kommissars, die Auseinandersetzung und Uebernahme in Darmstadt höchstens vor sich gehen.

— Die heutige Nummer der „Prov.-Korr.“ wird mit folgendem Leitartikel eröffnet:

Der Norddeutsche Bund soll nunmehr mit raschen Schritten der Verwirklichung entgegengeführt werden.

Der große Staatsmann, welchem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten anvertraut ist, widmet seine ganze neugewonnene Kraft und Frische der Vollendung seines ruhmreich begonnenen Werkes.

Auf den Trümmer des alten machtlosen Bundes soll ein neuer kräftiger Bau für Deutschlands Macht und Größe errichtet werden.

Alle norddeutschen Staaten, eine Gemeinschaft von nahezu 30 Millionen, werden zunächst den neuen Bund bilden: je fester und mächtiger aber sein Gefüge wird, je mehr in ihm das nationale Denken und Streben Befriedigung findet, desto mehr wird auch das übrige Deutschland bald den Drang und Antrieb erhalten, sich immer enger an die norddeutschen Staatenbildung anzuschließen und die Einheit Deutschlands vollends zur Wahrheit werden.

Nach dem Vertrage, welchen die preußische Regierung mit den norddeutschen Staaten geschlossen hat, soll die Bundesverfassung auf den von Preußen früher entworfenen Grundlagen unter Mitwirkung eines Parlaments des Norddeutschen Bundes berathen werden. Die verbündeten Regierungen haben sich verpflichtet, zu derselben Zeit wie Preußen die Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anzuordnen und letzteres gemeinschaftlich mit Preußen einzuberufen. Gleichzeitig sollen Bevollmächtigte nach Berlin entsandt werden, um den Entwurf der Bundesverfassung, welcher dem Parlament zur Berathung und Vereinbarung vorgelegt werden soll, festzustellen.

Die preußische Regierung hat alle Einleitungen getroffen, um diese Bestimmungen nummehr zur That werden zu lassen.

In den alten und in den neuen Provinzen der Monarchie ist das Wahlgesetz für das Parlament des Norddeutschen Bundes verkündet und alle Vorbereitungen sind getroffen, um das Parlament im Februar berufen zu können.

An die verbündeten Regierungen ist die Aufforderung ergangen, ihre Bevollmächtigten zur Feststellung des Verfassungsentwurfs zum 15. d. M. nach Berlin zu entsenden und gleichzeitig mit Preußen die Wahlen zum Parlamente anzuordnen.

Gast alle Regierungen haben, der Aufforderung entsprechend, schon ihre Bevollmächtigten bezeichnet und die erforderlichen Einleitungen zu den Parlamentswahlen getroffen.

Inzwischen hat unsere Regierung bereits die Grundzüge der Verfassung entworfen, welche den Berathungen mit den Bevollmächtigten vorgelegt werden sollen.

Der Entwurf wird in großen und festen Zügen vor Allem dem Streben und Bedürfnis nach einheitlicher Macht und gemeinsamer na-

tionaler Entwicklung zu entsprechen haben. Die unerlässliche Verständigung der Regierungen bis zu dem nahen Zusammentritt des Parlaments wird hierdurch und auf jede Weise zu fördern sein.

Während die Regierungen den Verfassungsentwurf gemeinsam berathen, werden gleichzeitig überall die Wahlen in Vollzug zu bringen sein.

Unmittelbar nach dem Schluße der jetzigen Landtagssession wird das preußische Volk seine Abgeordneten zum Parlament des Norddeutschen Bundes zu wählen haben.

Wir stehen somit vor einem der bedeutungsvollsten Augenblicken der preußischen, der deutschen Geschichte.

Alle Preußen, die ein Herz für ihr Vaterland haben, müssen sich bei Zeiten vereinigen, um der Regierung unseres Königs zu helfen, ihre hochherzigen Pläne für Preußens und Deutschlands Größe rasch und glücklich durchzuführen.

Derselbe Geist, der das preußische Volk unter der Führung seines Königs Siege und Ehren ohne Gleichen erringen ließ, wird die Preußen auch selbst sich eng und fest um die Regierung scharen lassen, um die vollen Früchte des Sieges für das engere und weitere Vaterland zu sichern und die größte nationale Schöpfung vollenden zu helfen, welche für Deutschland jemals verwirklicht worden ist.

Frankfurt, 4. Dezember. Bis heute haben sich, von ungefähr 600 zum Militär gestellungspflichtigen hiesigen jungen Leuten etwa 400 zum einjährigen freiwilligen Dienst gemeldet. (Frankf. J.)

Gründerg, 3. Dezember. Soeben ist die Nachricht hier eingetroffen, daß der im Volkmarstor (nicht Röderau) bei Leipzig gefänglich eingezogene Bürgermeister Bratsch am 30. November sich in der dortigen Frohneste selbst entlebt hat. Das gestern hier überall verbreitete Gerücht, Bratsch wäre bereits in Grünberg eingetroffen und befände sich im Inquisitoriat in Haft, beruht daher auf Täuschung. Die Kenntnis über dessen ferneres Schicksal, nachdem man von seiner Gefangenahme Kenntnis erhalten hatte, rührte daher, daß ein von hier an die betreffende sächsische Gerichtsbehörde gerichteter Brief auf der Post verloren gegangen war.

Hannover, 4. Dezbr. In der Gesetzesammlung ist heute die kgl. Verordnung publicirt, betreffend die Einführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes in den neuinverliebten Landestheilen.

— Die fortwährenden Beleidigungen und Belästigungen, welche die hiesige Garnison von einem Theile des Publikums zu erleiden hat, haben zu strengen Maßregeln Veranlassung gegeben. Wie das "Etbl." hört, sind die Militärpersonen, welche insultirt werden, ermächtigt, unverzüglich von ihrer Waffe Gebrauch zu machen.

— Die Nachricht, daß mehrere der aus den hannoverschen Staatskassen nach England gebrachten Effekten wieder an der Berliner Börse zum Vortheil gekommen sind, erklärt die "D. B.-Z." damit, daß mehrere Berliner Banquiers ihre verpfändeten Papiere bei den Bevollmächtigten Königs Georgs durch Zahlung ihrer Schulb in London ausgelöst haben und also wahrscheinlich im Kurs gesetzt haben werden.

Hannover, 5. Dezbr., Morgens. Eine kgl. Kabinetsordre d. d. 27. Novbr. führt das preußische Militärstrafgesetzbuch in Hannover ein. Die bisherigen hannoverschen Militärgerichtsbehörden werden aufgehoben.

Dresden, 3. Dezember. Die beiden Ständeversammlungen.

Die preußisch-sächsischen Friedensvertrag genehmigt, eine Genehmigung, die natürlich voraussehen war und welche man getrost ohne die langen Reden hätte geben können, die dabei gehalten wurden und im Ganzen genommen wenig angehan sind, der politischen Bildung des Landes Ehre zu machen. Überall beinahe dokumentierte sich eine breitspurige Kleinigkeitstreimerei, Servilismus gegen die herrschende Dynastie, ein aufgedunsener Dinkel auf innere Tüchtigkeit. Mit wenig Ausnahmen sind die jetzt in den sächsischen Kammern sitzenden Menschen unschuldige Köpfe. Muß es nicht geradezu komisch klingen, wenn ein Redner der ersten Kammer (von Hausen) seine Rede mit der Bemerkung schließt, daß er vor Niemandem abhänge, indem er von seinem Gelde lebe." Es ist dies die bekannte Pointe jener Anekdote, die die Kunst eines Millionärs auf der Violine mit dem Nachsage röhmt, „daß ers nicht nötig habe." Auch v. Hausen hat nach seiner Ansicht die Politik nicht nötig, da er so glücklich ist, Renten zu besitzen.

So etwas charakterisiert die sächsischen Ständekammern; es sind wie schon früher gesagt, die Hochstüries in der unfeindlichsten Form die Staatsmänner, welche Politik machen, mit den Händen in den Hosentaschen. Es sind alle kleine Beut's. Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das haben sie ihm glücklich abgeguckt." Aber von seinem Geist und seinem Talent wohnt ihnen keine Spur inne. Aus allen diesen Herren zusammengekommen, ist noch kein halber Minister zu machen. Den einzigen Landstand, der dazu das Zeug besaß, Herrn v. Carlowitz, hat man an Preußen abgetreten. "Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist gebrieben," so kann man um noch ein zweites Dichterwort anzunehmen, hier mit vollem Rechte sagen.

Ein Umschwung von unten her ist Sachsen dringend nötig. Eine neue Zeit braucht neue Menschen. Bis jetzt hat man höchsten Orts das leider nicht einsehen wollen. Man meint noch immer frischen Wein in alte Schläuche füllen und sich damit Zeit und Umständen stellen zu können. Vielleicht werden schon die Verhandlungen des Norddeutschen Parlaments das Fatalistische dieser Illusion erkennen machen. Ohne harte Erfahrungen gemacht zu haben, will man sich hier einmal, wie es scheint, nicht führen. Sie werden sicher nicht ausbleiben und können nicht ausbleiben, denn wie man's treibt, so kommt's. Es ist wahrhaft erbärmlich, wenn man hier und an anderen Orten in Sachsen gesellige Vereine einen Trampf darauf setzen sieht, jedes preußische Element auszuschließen. Man bemüht sich gesellschaftlich, den Preußen als Eindringling, nicht als Freund und Genosse zu behandeln.

Mit nicht geringem Risiko erzählt man sich hier in den speziell-sächsischen Kreisen, daß ein hoher Herr mit einer Dame promenirend und den Gruß eines preußischen Offiziers erwidern, spöttisch zu dieser geäußert haben soll: "Auch einer von der großen Nation!" Wir sind überzeugt, daß eine so taktlose Aeußerung nicht gethan worden ist, aber daß man sie gerüchtweise geschehen läßt, beweiset doch sofort, daß man in gewissen Schichten der Dresdner Bevölkerung dieselbe für möglich hält. Ein solches Möglichen sollte man jedoch von oben her durch eine eklante Thatsache geradezu entschieden unterdrücken, und es ist zu bedauern, daß es nicht geschieht. Alle, die aufrichtig den Frieden und die Aussöhnung, sowie das Heil von Sachsen im Norddeutschen Bunde wollen, können nichts Dringenderes thun, als eine solche eklante Thatsache erhoffen, wünschen und fordern. Nur erst, wenn diese vorliegt, wird nach und nach, vielleicht aber auch mit einem Rucke, die feige und hinterlistige Häkeli aufhören, wie sie jetzt z. B. noch in den "Seifenblasen" ungescheit ihr Wesen treibt. In der letzten Nummer fand sich

darin folgende ziemlich schale und wilde Anspielung auf den ehemaligen preußischen Civilkommissar, jetzigen Geschäftsträger Landrath v. Wurmbs:

Hülferuf. Seit Juni d. J. leide ich nur schon am Bandwurm, der mir Tag und Nacht keine Ruhe läßt. Eine in den heißen Sommermonaten vorgenommene Kur, bestehend in einer täglichen Schöpfung von zehntausend Tropfen Blutes, vermochte mich nicht von diesem Wurm zu befreien. Zeitweilig schien es, als hätte er mich verlassen, aber immer lehrte dieser Bandwurm wieder in mich zurück. Selbst ein berühmter Pariser Arzt wußte keinen Rat; der Unhold wühlte sich immer tiefer in meine Eingeweide. Wer ein probates Mittel hiergegen weiß, wolle seine Adresse mit dem Motto: "Die Landratte", menschenfreundlich niederlegen bei Friedr. Aug. Sachse, norddeutsche Bundesstraße im Souterrain.

Sollte diesem Gebahren nicht in aller Stille Einhalt zu thun sein, ehe es zu öffentlichem Skandale kommt, der bei solchem Fortfahren endlich nicht wird ausbleiben können?

Eheming, 2. Dezember. Ein Schrei des Entsetzens durchzittert unsere Stadt. Heute Nachmittag belästigten sich auf dem Schloßteiche große Scharen von Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren mit Eisgeben und Schlittschuhfahren. Ein junger Mann von 19 Jahren kommt dem Stande zu nahe und bricht ein, wird jedoch glücklich gerettet. Die Kinder drängen sich der offenen Stelle zu, um dem Rettungswirke aufzusehen. Da auf einmal kracht das Eis unter ihnen und ein Trupp von circa 25 bis 30 Kindern stürzt ins Wasser. Bis jetzt sind zehn Tode aufgefunden.

Mecklenburg. — Der belauerte liberale mecklenburgische Gutsbesitzer Herr Manecke-Duggenkopp hat auf dem diesjährigen Landtag zu Wülfel einen Antrag eingebracht, dessen Schlussatz dahin lautet, den Großherzog zu ersuchen: "baldmöglichst Verhandlungen mit der kaiserlich französischen Regierung einzuleiten zu lassen, damit in Berücksichtigung der jetzt gänzlich veränderten politischen Verhältnisse der zwischen Mecklenburg-Schwerin und Frankreich abgeschlossene Handels- und Schiffsvertrags-Vertrag vom 1. Juni 1865 schon jetzt wieder aufgehoben werde, weil es nur dadurch ermöglicht werden könnte, daß der so nothwendige Anschluß Mecklenburgs an den Zollverein effektuirt werde."

Ö ster r e i ch.

Wien, 3. Dezember. Auf allen nach Galizien führenden Bahnstrecken ist der Frachtwiehr seit 2 bis 3 Wochen theils durch ausdrückliche Anordnung, theils indirekt durch Militärbeförderungen und den Transport von militärischem Material eingestellt. Der Beförderung von Lemberg aus harren nicht weniger als 600,000 Centner Güter, die zurückgehalten werden müssen, um den militärischen Anforderungen an die Transportfähigkeit der Bahnen genügen zu können.

— Die Frage wegen der Adresse des niederösterreichischen Landstages ist, wie ich vernehme, auf das Andringen des Freiherrn v. Beust zu Gunsten der Annahme ausgesessen. Diese Entscheidung widerspricht allgemein verbreiteten Voraussetzungen. Der Kaiser, wurde versichert, habe sich schon sehr umgehalten geäußert, daß die Adresse in den Zeitungen erschienen war, bevor er offizielle Kenntnis von derselben erlangt hatte. Es soll Mühe kostet haben, den Monarchen von der Unmöglichkeit einer solchen vorzeitigen Veröffentlichung durch den Hinweis auf die parlamentarische Behandlung der Angelegenheit zu überzeugen. Als Argument für die Annahme ist dann wohl der Umstand entscheidend ins Gewicht gefallen, daß die Zurückweisung allgemein als eine Versicherung der Anträge aufgefaßt und dadurch den weiteren Verhandlungen über die Frau der eigenen Pragitation ein nachteiliges Präjudiz gegeben werden

— Aus Westgalizien wird dem "Teigr." unterm 26. v. M. berichtet: Der ehemalige russische Kultusminister, Graf Panin, von Odessa kommend, bat sich mehrere Tage in Lemberg aufzuhalten, wo er, wie das Gericht geht, an die dortigen Ruthenenführer gewiß geheime Instruktionen zu ertheilen hatte. Was daran Wahres, vermag ich nicht zu entscheiden, aber gewiß ist, daß daselbst jeder Schritt des Grafen Panin streng überwacht worden. — Morgen soll in Lemberg Fürst Ladislaus Czartoryski aus Paris eintreffen, um sich im Auftrage der westmächtlichen Diplomatie mit der polnischen Nationalpartei in Galizien bezüglich gewisser Eventualitäten ins Einvernehmen zu setzen. (Der Fürst ist eingetroffen und befindet sich in gutem Vernehmen mit dem Grafen Goluchowski. D. R.)

Prag, 3. Dezember. Die in der gestrigen Landtagssitzung von czechischer Seite gestellte Interpellation, warum die böhmischen Kroninsignien, welche im Beginn des Krieges gegen Preußen nach Wien gebracht wurden, seitdem noch nicht nach Prag zurückgestellt worden seien, hängt mit der Adresse zusammen, in welcher demnächst der Kaiser wieder gebeten werden soll, sich "nach Recht und heiliger Sitte" zum König von Böhmen krönen zu lassen. Die Mitglieder der hohen Aristokratie, denen gegenüber der Kaiser jüngst die "Aufrechterhaltung der Einheit des Reichs" betonte, waren ansänglich mit der Krönungspetition nicht einverstanden, mußten aber schließlich ihren czechischen Parteigenossen nachgeben, und so wird nun der böhmische Landtag zum dritten Mal diese Bitte um die Königskrone in Prag stellen. — Bezeichnend ist, daß bei den letzten Gemeinden gewählt, welche so überaus unglücklich für die Deutschen ausfielen, deutsche Adelige, wie Emil Fürst von Fürstenberg, Graf Albert Nostiz u. s. sich persönlich beteiligten, nur um den czechischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Auf diese Weise glaubt man das Sistirungsmuseum zu stützen. — Bei der Kommunalwahl, welche, seitdem sich die k. k. Polizei bei Annäherung der preußischen Truppen abseitert, wurde nun das czechische Kommando statt der bisherigen deutschen Kommandosprache eingeführt. Dasselbe soll auch bei den bewaffneten Bürgerkorps in Prag geschehen. (D. A. B.)

* Lemberg, 3. Dezember. In einer der letzten Sitzungen des hiesigen Landtags erklärte der ruthenische Priester Lopinski, daß, weil die Ruthenen bei den Wahlen für die Kommissionen, namentlich die Budgetkommission, vollständig übergegangen seien, sie fortan nicht mehr Theilnehmen würden an den Abstimmungen. Noch ein derartiger Fehler der Majorität, und die Ruthenen treten aus dem Landtage.

Schleswig-Holstein.

Aus dem Sundewitt, 30. November, schreibt man den "A. N.": Auch von der Insel Alsen und aus hiesiger Landschaft dürfte sich in den nächsten Tagen eine Deputation nach Berlin begeben, um theils bei der königlichen Regierung, theils bei dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses gegen die event. Anordnung einer beschleunigten nordischeuerischen Abstimmung aufzutreten.

G roß b r i t a i n i e n u n d I r l a n d .

London, 3. Dezember. Bedeutender als die bisherigen Verhaftungen in Irland ist ein Fang, den die Polizei in London gemacht hat. Ein Mitglied des feindschen Senats, Stephens J. Meany, ist ihr auf freier Straße in die Hände gelassen. Obwohl er steckbrieflich verfolgt war und wissen mußte, daß er den Sicherheitsbehörden von seiner früheren unruhigten Befannten Laufbahn her kein Fremdling sein konnte — während der Industrieausstellung des Jahres 1862 war er wegen Gelderschwindel zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden —, so zeigte er

sich doch mit vollstem Gleichmut auf öffentlichen Plätzen, und als ein Inspektor der geheimen Polizei ihn arretierte, folgte er ohne den geringsten Widerstand. Seine feindsche Karriere hat er, nachdem er seine Strafe abgeleistet und ein Asyl in Amerika aufgesucht, in Toledo durch die Organisation einer Schaar von 1500 Kämpfern der irischen Republik gemacht; wegen des Erfolges, mit welchem er die thörichten Leute zum Eintritt in das Fensterheer verlockte, ward er zum Centrum ernannt und stieg später zur Senatornkarriere auf. In dem Kongresse zu Philadelphia spielte er eine hervorragende Rolle, und nachher gehörte er zu der kleinen Partei im Senate, die dem Präsidenten Roberts ihre Anerkennung versagte. Eine Zeit lang fungierte er auch als Sekretär des Centralorganisators Stephens. Jetzt aber sitzt er in Dublin hinter Schloß und Riegel.

F r a n k r e i ch .

Paris, 5. Dezember, Morgens. Der heutige "Moniteur" schreibt: Nach hier eingetroffenen Mittheilungen aus den Vereinigten Staaten soll der amerikanische General Sedgewick beabsichtigt haben, die Übergabe von Matamoras zu fordern, indem er vorschlägt, hierdurch die Schädigung und Plünderung amerikanischen Eigenthums hindern zu können. Nachdem jedoch General Sheridan davon Kenntniß erhalten, daß ein derartiges Projekt möglicherweise zur Ausführung gelangen könnte, habe er offen die Missbilligung zu erläutern gegeben, welche er gegen ein so durchaus ungerechtfertigtes Vorgehen habe müsse. Der Kriegsminister soll von Washington aus seine, vollkommene Bestimmung zu Sheridans Auftreten ausgesprochen haben, während er gleichzeitig über die angeblich von General Sedgewick beobachtete Haltung eine entschiedene Unzufriedenheit zu erkennen gab.

In dem Bulletin des "Moniteur" heißt es: Die Insurrektion der Einwohner in Kreta sei beendet, doch werde der Kampf in den gebirgigen Theilen der Insel noch von fremden Abenteurern, die sich aus Griechen und den ehemaligen Scharen Garibaldi's rekrutieren, fortgesetzt. Es sei Hoffnung vorhanden, daß es mit diesen Banden bald zu einem entscheidenden Kampfe kommen würde, dessen Resultat nicht zweifelhaft sein könne. — Eine aus Alexandrien hier eingegangene Nachricht vom 29. November bestätigt die Verhaftung Suratt's.

Paris, 5. Dezember, Morgens. Der heutige "Moniteur" schreibt: Es ist Befehl gegeben worden, in den Kriegshäfen alle Vorbereitungen zu treffen, welche für die Zurückführung der französischen Truppen aus Mexiko nötig werden. — Weitere glaubwürdige Mittheilungen aus Mexiko sind seit den durch den Dampfer "Seine" übermittelten Nachrichten hier nicht eingelaufen. Aus denselben ging hervor, daß Kaiser Maximilian am 1. November noch in Orizaba war, und daß er nichts gethan hatte, woraus auf seine weiteren Absichten geschlossen werden könnte.

I t a l i e n .

Florenz, 5. Dezember, Vormittags. Die "Gazzetta di Firenze" meldet, Begezzi habe aus Gesundheitsrücksichten die Mission nach Rom abgelehnt. In Folge dessen habe die Regierung den Staatsrat Ochello und den ehemaligen Sekretär Begezzi's, Advokaten Maurizio, mit dieser Mission beauftragt. (Wiederholt.)

General Fleury ist dem steigenden Unmut über seine mysteriöse Sendung vorläufig aus dem Wege gegangen und hat einen Absteher nach Venedig gemacht. Was die Italiener mit Recht verdrießt, das ist der besten zu wollen. Die Italiener finden dies Verfahren der französischen Hofkreise nicht bloß nicht mehr an der Zeit, sondern höchst gefährlich für die Zukunft ihres Verfassungsbildens. Begezzi sträßt sich, nach Rom zu gehen, und ist nach Turin zurückgekehrt, wird jedoch in einigen Tagen wieder in Florenz erwartet. Am 28. Nov. nahm in Civita-Bechia der Dampfer der kaiserlichen Messagerie so viel Okkupations-Truppen an Bord, als er fassen konnte. Am 1. Dez. begann alsdann die Einschiffung des Gepäckes vom Gros der Armee. Täglich treffen Ladungen von Armeegegenständen von Rom im Hafen ein, um an Bord gebracht zu werden.

B o m B a u d t a g e .

H a u s d e r A b g e o r d n e t e n .

(37. Sitzung vom 5. December.)

Präident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung mit folgender Mittheilung: "Während der bisher abgehaltenen Sitzungen ist ungefähr die Hälfte der Arbeit, welche die Vorberatung des Budgets verlangt, erledigt worden. Soll dasselbe bis zum 1. Januar 1867 vollständig erledigt sein, so muß das Haus am 15. oder 17. d. M. die Vorberatung beenden, um nach drei Tagen, welche dann zur Zusammenstellung erforderlich sein werden, die zweite Sitzung beginnen zu können. Es wird daher nötig sein, sich bei den Verhandlungen einer gewissen Knappeit, namentlich in den allgemeinen Bemerkungen, zu befreijigen. (Bravo rechts.) Ich glaube auch, daß dies ohne wesentliche Schädigung der Interessen des Landes geschehen kann. Wir werden uns also ausugesetzt mit der Vorberatung zu beschäftigen haben und ich werde daher auch wiederholt Abendsitze anberaumen müssen. Buerst werde ich dann alle Befreiungen über den Etatsentwurf und das Etatgesetz zusammenstellen lassen, dann die Einnahmen, die bewilligt und nicht bewilligt, dann nicht mehr im Plenum zur Verathung bringen werde." — Das Haus ist mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Vor der T. d. D. erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort der Abg. Varz: Der in der Sitzung vom 30. d. M. erwähnte Kreisgerichts-Direktor, der zugleich Mitglied dieses Hauses und dem der Voritz des Schwurgerichts wesentlich aus politischen Gründen entzogen worden ist, steht vor mir meine Erklärung, daß die Sache für mich zu wichtig ist, auch nicht um einen Tag aufzufieben. (Redner verliest den betr. Bassus aus der Rede des Gen. Justizministers nach dem stenographischen Bericht, in welchem er eine empfindliche Verlegung seiner Amtsbehörde findet. Seit 1849 hat er den Voritz des Schwurgerichts fast ununterbrochen geführt, war auch für das Jahr 1868 vom Oktrentischen Tribunal dazu vorgeschlagen, da entband ihn der Herr Minister durch Rekrist vom 12. Nov. 1862 davon, weil „er als Abgeordneter längere Zeit im Jahre verhindert sein würde, als Voritzende eines Schwurgerichts zu fungieren und deshalb seine Ernennung nicht als angemessen erachtet werden könnte.“) Es ist also, fährt der Redner fort, nicht das Ungenüge meiner Berichte, die meist nur statistisches Material enthalten, was den Herrn Minister veranlaßt hat, mich vom Amt fern zu halten und ich kann nur konstatiren, daß seine Aufführung vom 30. d. M. dem Inhalt seiner eigenen Aten widerspricht. Die Justizbeamten in den neuen Provinzen können sich in der That glücklich schämen, einem Chef unterworfen zu werden, dessen Fürsorge für die ihm untergebenen Beamten sich in so glänzender Weise an meiner Person manifestiert hat. (Bravo links, Bischen rechts.)

Das Haus geht nunmehr zur Vorberatung des Etats des landwirtschaftlichen Ministeriums über. Der Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums weist nach an Einnahmen 891,672 Thlr. (62,570 Thlr. weniger als im Jahre 1866), darunter von den Auseinandersetzungsböuden 616,715 Thlr. (53,110 Thlr. weniger), je 1000 Thlr. Beitrag der Schwarzbürg-Sondershausen'schen und Schwarzwald-Rudolstädtischen Regierung für den gleichen Zweck. An fortanerden Ausgaben 1,251,624 Thlr. (31,230 Thlr. weniger), darunter für das Min. für Industrieausstellung des Jahres 1862 war er wegen Gelderschwindel zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden —, so zeigte er

Landkultur 281,367 Thlr. (2602 Thlr. mehr), darunter für allgemeine wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke 55,725 Thlr., für landwirtschaftliche Akademien 36,971 Thlr., für niedere landw. Anstalten 26,500 Thlr., für das Landesökonomiekollegium 4000 Thlr., für spezielle Zwecke 8171 Thlr., für größere Landesmeliorationen und Deichbauten 150,000 Thlr. (wie im Jahre 1866). Zur Förderung der Pferdezucht 31,000 Thlr., darunter 5000 Thlr. (wie im Jahre 1866) Prämien für die Bückung guter Mutterstuten 26,000 Thlr. (6800 Thlr. mehr) Prämien bei Pferderennen und ähnlichen Zwecken. Für das Deichwesen 45,757 Thlr. Pensionen und Unterstützungen 700 Thlr. An einmaliigen Ausgaben 141,530 Thlr. (109,340 Thlr. mehr), darunter 100,000 Thlr. Zuschuß zu dem Fonds für größere Meliorationen und Deichbauten (90,000 Thlr. mehr), zur Förderung der Wald- und Viehwirtschaften in der Eifel 10,000 Thlr. (1110 Thlr. mehr), desgleichen im Regierungsbezirk Arnsberg 500 Thlr., dritte Rate zur Errichtung eines neuen Lehrgebäudes zu Poppelsdorf mit Einschluß eines chemischen und physiologischen Laboratoriums 7930 Thlr. (2930 Thlr. mehr), zur Erweiterung der Wirtschaftseinrichtungen des Guts Annaberg 3000 Thlr. (3000 Thlr. weniger), zur Erweiterung der Lehrräume bei der Akademie zu Elbena 2150 Thlr. zur Anlegung einer Dungstätte auf dem Wirtschaftshofe zu Waldau 1170 Thlr., für Neubauten auf der Akademie zu Waldau 780 Thlr., Kosten der Vertretung des Ackerbaues und der Industrie auf der Pariser Ausstellung im Jahre 1867: 4000 Thlr., zur Förderung der Obstbaukultur, zur Anlegung von Obst-, Muster- und Muttergärten und Einrichtung von pomologischen Lehranstalten 12,000 Thlr. Die leiste Position erläuternde Denkschrift erwähnt rühmend der Anregungen, die von dem Berliner Gartenbauverein zur Förderung der Obstbaukultur ausgegangen. Die Nomenklatur soll gereinigt und festgelegt werden, um der heillosen Verwirrung bei Benennung der Obstsorten in den Privatbaumshulen ein Ende zu machen. Der erste Mustergarten ist im Jahre 1866 bei der Akademie in Proßlau angelegt und soll damit bei den übrigen Akademien fortgesetzt werden.

Die Geistlütverwaltung wird in dem Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums und folglich auch in der Vorberatung selbstständig nach Erledigung der voranstehenden „landwirtschaftlichen Verwaltung“ behandelt. Die Einnahmen sind auf 275,610 Thlr. veranschlagt (9460 Thlr. weniger) darunter 143,770 Thlr. (6420 Thlr. weniger) aus dem Hauptgestüte und der Trainanstalt bei Neustadt a. D.; 126,090 Thlr. (5790 Thlr. weniger) aus dem Landgestüte, 2750 Thlr. (unverändert) aus der Centralverwaltung. Die Einnahmen der Hauptgestüte getragen im Einzelnen: Traeben 72,120 Thlr., Friedrich-Wilhelmsgestütt 17,090 Thlr., Graditz 49, 850 Thlr., der Trainanstalt bei Neustadt 4710 Thlr., der Landgestüte in den acht Provinzen 126,090 Thlr., darunter des litauischen 40,380 Thlr. Die fortduernden Ausgaben betragen 532,295 Thlr. (6480 Thlr. weniger), darunter für Aufbau und Transport von Pferden 61,200 Thlr. (10,000 Thlr. mehr). Die einmaliigen 30,870 Thlr. (29,870 Thlr. mehr) für Neubauten auf den verschiedenen Gestüten.

Reg.-Kommissar Heyder resümmiert den Etat und weist auf die Abnahme der Geschäfte der Auseinandersetzungsbördern hin; doch haben sie noch viel Arbeit mit Erledigung formeller und rechtlicher Fragen.

Abg. Hübner knüpft daran die Hoffnung, daß die Regierung die noch bestehenden sechs Generalkommissionen bald auflösen wird. Vor länger als einem halben Jahrhundert gegründet, um die Agrargesetzgebung, die Ablösung der Reallasten, Servitate durchzuführen, glaubte man durch sie ihre Durchführung möglichst zu beschleunigen; es ist aber Thatsache, daß jeder, der seine Sache bei der Generalkommission anhängig weiß, sich auf ein langes Schweben gefaßt macht. Es wurden 1848 Vorehrungen getroffen, um das Fortbestehen dieser Bördern überflüssig zu machen und es scheint daher jetzt endlich bei ihrer Geschäften die landwirtschaftlichen Abteilungen der Regierungen zurückzugehen, zu denen sie naturgemäß gehören. Von der Auflösung der Spezialkommissariat ist dabei nicht die Rede, diese werden immer existieren müssen, so lange es Auseinandersetzungen gibt. Wird die Verschmelzung dieser Bördern mit den Regierungen in allen Provinzen vorgenommen, so wird dadurch auch dem Interesse des einheitlichen Organismus gedient um so mehr, als es nicht die Absicht der Regierung sein kann, diese Institution auch in den neuen Landesteilen einzuführen; es wird ferner dadurch allmählig auch eine Finanzsparsamkeit von bedeutendem Umfang erreicht werden. Ich enthalte mich eines besonderen Antrages, aber es würde dem Publikum mit einer beruhigenden Erklärung des Herrn Minister sehr gediessen sein.

Minister v. Seelow: Die Arbeitsstabs der General-Kommissionen ist jetzt noch so bedeutend, daß es nicht zweckmäßig wäre, die Bördere jetzt eingehen zu lassen. Es ist unbedingt nothwendig, die schon lange schwedenden Regulierungen und Ablösungen zu erledigen, weil sonst für viele Grundbesitzer eine peinliche Unsicherheit entstehen würde. Zur Durchführung des Vorschlags wäre es nothwendig, eine eigene Regierung-Abteilung mit einem eigenen Dirigenten zu gründen und ich würde nicht, was dann dabei gewonnen wäre. In Frankfurt a. O. ist der Versuch gemacht worden und da haben wir denn eine Abteilung von 8 Mitgliedern und einem Dirigenten, die ganz dieselbe Stellung hat, wie jede General-Kommission. Die Regierung hat aber im Allgemeinen auch den Gedanken und Wunsch für eingehen zu lassen, wenn die jetzt noch sehr große Arbeitsmasse erst etwas erleichtert zu lassen, wenn die jetzt noch sehr große Arbeitsmasse erst etwas erleichtert zu lassen. Der Anfang ist schon gemacht und derselbe Weg wird weiter imgehalten werden. Augenblicklich aber kann keine der General-Kommissionen aufgelöst werden; am Schlus vorigen Jahres war z. B. in Breslau noch die beträchtliche Zahl von 1948 Sachen zu erledigen. Ich habe durch persönliche Nachfrage auf Seiten und durch Sitzungen im Plenum der General-Kommissionen mit ihnen die gemeinsame Überzeugung gewonnen, daß sie zur Zeit noch nicht eingehen können.

Abg. Dr. Lette: Auch ich halte den Vorschlag für unzweckmäßig. Im Jahre 1834 ist die schlechte Verwaltung dieser Partie die Veranlassung zur Auflösung von zwei Kommissionen gewesen. Aber man hat auch später gesehen, daß die beste Organisation nichts nützt, ohne gute Beamte und daß die Verwahlosung nirgends größer als bei den General-Kommissionen. Man hatte früher lauter schlechte Spezial-Kommissarien und hielt sich für verpflichtet, nur adelige, meist unfähige Prädikanten zu berufen. Nach 1840 bat sich das wesentlich geändert. Seitdem hat sich das ganze Verfahren geändert, auch das Publikum ist zufriedener und der Geschäftsgang schneller. Die Vereinigung mit der Regierung wäre auch deswegen fehlerhaft, weil dann die fiskalischen Interessen überwiegend wahrgekommen würden; ich kenne diese Konflikte aus eigener Erfahrung! Wenn da einem Kollegium nur ein Beamtengenüber steht, der die landwirtschaftlichen Sachen zu verwalten hat, so werden sie sich schlecht dabei befinden. Wenn man so viel von dem Ruf der preußischen Beamten spricht, so müssen wir wirklich, wenn wir bauen denken, rot werden. Es ist unmöglich, daß ein Mann allein diese Last tragen kann bei dem jetzigen Umfang der Geschäfte. Und wenn man bedenkt, daß die Agrargesetzgebung der wichtigste Teil unserer Gesetzgebung war und ist, so muß man die Auflösung der General-Kommissionen zur Zeit vermeiden.

Abg. Dr. Achenthal: Meiner Ansicht nach wäre es wünschenswert, diesen Bördern, welche bisher wegen ihrer beschränkten Kompetenz ihre Tätigkeit wenig entfalten konnten, die Funktionen der Regierungen auf dem landwirtschaftlichen Gebiete zu übertragen und dadurch auch die Regierungen zu entlasten. Auch England hat beobachtete landwirtschaftliche Bördern und die General-Kommissionen sind ein Kern, an dem sich Gutes anschließen läßt. Man sollte also das Ressort dieser Bördern bei der stetigen Abnahme der agrarischen Angelegenheiten reformieren und erweitern.

Abg. v. Bonin: Der Abg. Lette hat von der mangelhaften Zusammensetzung der Kollegien und der schlechten Besetzung der Spitze gesprochen und namentlich die Anstellung Adliger getadelt. Allen diesen hat er Unfairheit und schlechte Verwaltung vorgeworfen. Da aber jene Attribute auch auf mich passen und ich sieben Jahre lang jenes Amt bekleidet habe, so glaube ich mich auf das Urtheil und die Anerkennung der ganzen Provinz berufen zu können, daßsfür, daß diese Prädikate nicht auf Stendal anwendbar sind.

Nach Schluss der Generaldebatte erwidert der Abg. Lette, daß er augenscheinlich zwei Perioden in seiner Charakteristik dieser Bördern geschildert habe. In Bezug auf die General-Kommission in Stendal wisse auch er, daß sie immer eine Muster-General-Kommission gewesen sei. (Heiterkeit!)

Die Specialdiskussion beginnt. Zu Titel 8 der Ausgaben (Besoldungen bei den Auseinandersetzungs-Bördern) ruft der Abg. Dr. Lette die große Menge von Hülfsarbeitern. So lange die gegenwärtige Organisation festgehalten werde, müsse man auch für binnländische Besoldung der Beamten sorgen, mithin die Hülfsarbeiterstellen möglichst vermindern und die Zahl der etatsmäßigen vermehren.

Minister v. Selchow: Diese Missstände sind nicht zu leugnen, doch ist gerade die Beschäftigung in diesem Ressort eine vortreffliche Schule für die Juristen und das Beste würde sein, sie allmälig in die allgemeine Verwaltung einzuführen.

tung binüberzuführen. Zu Tit. 13 (für allgemeine wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Landeskultur) hat der Abg. Dr. Fülling folgenden Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königl. Staatsregierung aufzufordern dem in Anknüpfung an die Berliner Universität gegründeten landwirtschaftlichen Lehrinstitute zu Berlin eine dem Lehrzwecke entsprechende und der Universität würdige Organisation zu geben und die dazu erforderlichen Kosten auf den Staatshaushalt-Estat von 1868 zu bringen.“

Abg. Dr. Fülling: Bis vor einigen Jahren war das bislge landwirtschaftliche Institut hier durchaus nicht bekannt, obgleich es schon längere Zeit existierte. Es befand sich damals Behrenstraße 28, 2 Treppen über den Hof. Seit jener Zeit sind allerdings wesentliche Verbesserungen eingetreten; der Anfang zu einer Bibliothek, zu landwirtschaftlichen Sammlungen ist gemacht. Doch fehlt noch immerhin sehr Vieles, und dem abzuhelfen ist der Zweck meines Antrages.

Regierungskommissar Wehrmann: Der Antrag stimmt ganz genau überein mit den Intentionen meines Herrn Chefs, der jedoch eine zu hohe Meinung von einem mit der Berliner Universität verbundenen Institut hat, als daß er reicher Bewilligungen dieses Hauses dabei entbehren könnte. Die letzten Jahre waren derartige Forderungen nicht günstig; hoffentlich wird die Friedensperiode, in die wir jetzt eintreten, diesen Bestrebungen günstiger sein.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein): Die Isolierung der Naturwissenschaften von den übrigen Zweigen des menschlichen Wissens sei eine Krankheit der Zeit, durch die auch die Naturwissenschaften zu Grunde geben müssten.

Abg. Dr. Birchow: Das Haus hat die Isolierung der landwirtschaftlichen Institute nie aufgetrieben, vielmehr stets ihre Verbindung mit den Universitäten verlangt, damit die jungen Landwirthe rechtliche und staatswissenschaftliche Kenntnisse sich erwerben und ein Freiwilligenzweck zur Lebenernährung politischer Pflichten bilden können. Nun scheint mir der Estat für das landwirtschaftliche Ministerium ein buntes Gemenge von Allerlei, von Allem etwas zu sein und noch die Beiden seiner Jugend an sich zu tragen. Es würde sich sehr empfehlen, wenn er z. B. Alles, was auf Forsten, Fischereien u. s. w. sich bezieht, aus den übrigen Estaten sich annäherte; denn es ist gar nicht abschneien, warum ganz analoge Posten, wie im landwirtschaftlichen Estat, auch in dem des Handels- oder des Finanzministeriums aufgeführt sind. So ist es auch mit diesen Lehrinstituten, welche teils unter den Estat des landwirtschaftlichen, theils unter dem des Kultusministeriums fallen. Jedenfalls sollte dieser Organisation eine größere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Minister v. Selchow: Die Konfusion auf diesem Gebiete ist doch nicht ganz so groß; fiskalische Gewässer und dergleichen stehen natürlich unter dem Finanzministerium, weil hier die Einnahmen aus der Fischerei die Hauptzolle sind, sowohl solche aber Gemeinde-Gentleman sind, steht die Polizei dem landwirtschaftlichen Ministerium zu.

Abg. Dr. Fülling: Vor 4 Jahren sprach der Herr Minister die Hoffnung aus, eine Autorität von europäischem Rufe für das landwirtschaftliche Institut zu Berlin zu gewinnen; bis jetzt ist das nicht geschehen. Ebenso wartet man schon 6 Jahre lang auf die Gründung eines landwirtschaftlichen National-Museums. Ich erkenne den guten Willen des Herrn Ministers an, bin aber nicht im Stande, zu sagen, daß die Leistungen und Erfolge auf gleicher Stufe mit dem guten Willen stehen. Ich muß erklären, daß in der Hand des Herrn Kultusministers der höhere landwirtschaftliche Unterricht besser aufgehoben ist als in der des landwirtschaftlichen Ministeriums; das beweist der fast beispiellose Erfolg des landwirtschaftlichen Instituts zu Halle.

Abg. Bunsen bedauert, daß bisher bei Forsten und Domänen das fiskalische Interesse allein maßgebend gewesen ist. Es wäre besser, wenn dieselben zum Ressort des landwirtschaftlichen Ministeriums gehörten.

Abg. Schmidt (Mündow): Ich kann mir nur für eine neue Organisation des landwirtschaftlichen Ministeriums aussprechen.

Die Forst- und Domänenverwaltung wie das landwirtschaftliche Sekretariat muss von dem Ministerium des Innern abgezweigt und mit dem landwirtschaftlichen vereinigt werden. Auch kann es sich empfehlen, daß Berg-, Hütten- und Salinenwesen von dem Handelsministerium abzuweichen und mit dem landwirtschaftlichen zu vereinigen (Bewegung). Sollte diese Vereinigung anfallend erscheinen, so deute ich an, daß Verbandlungen in dieser Richtung bereits stattgefunden haben, das Handelsministerium darf sich gegen diese Abzweigung erklären, weil dasselbe durch die Verfügung über Transportmittel auch der Versendung der Erzeugnisse des Berg-, Hütten- und Salinenwesens eine bessere Unterstützung gewährt. Auffallend ist es außerdem, daß die Tierärzteschule und die Tierärzte dem geistlichen Ministerium überwiesen sind, so daß die humoristische Anerkennung bekannt ist, die gefundenen Ochsen wären dem landwirtschaftlichen — die franken dem geistlichen Ministerium zugewiesen. Wie im nächsten Estat alle übrigen Ministerien sich wesentlich ausdehnen und erweitern werden, die einverlebten Länder neue Einnahmeketten in Aussicht stellen, so wäre es um so wünschenswerther, wenn dem landwirtschaftlichen Ministerium durch eine neue Organisation der Staatsverwaltung diejenigen Verwaltungszweige zugewiesen würden, die ihm sachlich gebühren.

Reg.-Kommissar Heyder: Dieser Erfolg ist lediglich der Person zuzuschreiben, die man das Glück geabt hat, für diese Akademie zu finden. Andererseits erinnere ich daran, daß die Akademie von Proßlau vor dem Kriege 130 Schüler gehabt hat. Schaffen Sie vor allen Dingen tüchtige Lehrer, dann werden Sie Erfolge erzielen, mögen dieselben an landwirtschaftlichen Akademien oder an Universitäten ihrem Unterricht ertheilen.

Abg. Dr. Fülling: Eine Anstalt blühen, weil sie unter dem Kultusminister stehen, trotzdem es der gegenwärtige Kultusminister ist. Uebrigens finden sich aus dem Grunde so wenige tüchtige Lehrer, weil die Besoldungen schlecht, weil die Herren Direktoren so zu sagen absolut sind und die Lehrer Jahre lang in der Schwere des Provisoriums halten. So werden sie gezwungen, Preußen zu verlassen und anderwärts eine bessere Stellung zu suchen, so Dr. Schröder, nächst Kühne einer der tüchtigsten Lehrkräfte in Poppelsdorf, der aber der mangelhaften Gehaltsverhältnisse wegen seine Stellung aufzugeben hat und nun in Hessen-Darmstadt arbeitet ist.

Reg.-Kommissar Heyder: Die Aufrechterhaltung des Provisoriums liegt nicht in den Händen der betreffenden Direktoren, sondern beim Ministerium selber. Auf den speziellen Fall, den der Vorredner angeführt, will ich nicht weiter eingehen, ich halte es nicht für passend, Namen zu nennen, zumal man leicht in den Fall kommen könnte, Dinge dabei zu erwähnen, die dem Betreffenden schaden könnten.

Der Präsident v. Forckenbeck: Ich muß dem Herrn Kommissarius bemerkern, daß mir allein das Urtheil darüber aufsteht, ob Demand hier im Hause etwas Unpassendes geäußert hat.

Reg.-Kommissar Heyder erklärt, daß er gar kein Urtheil über den Vorredner geäußert, sondern nur der Meinung gewesen, wenn er selber Namen genannt haben würde, so wäre dies unpassend gewesen.

Abg. Dr. Glaser: In den landwirtschaftlichen Instituten wurde bisher zu viel Gewicht auf den theoretischen Unterricht gelegt. Die Akademien müssen zu praktischen Anstalten umgewandelt werden, während für den theoretischen Unterricht durch besondere Lehrstühle an den Universitäten gesorgt werden muß.

Abg. Graf Kleist: Die landwirtschaftlichen Wissenschaften haben, wenn sie nicht von der Empirie unterstützt werden, praktisch einen weit geringeren Wert, als man ihnen wünschen möchte. Gerade in Halle sind sehr günstliche Lokalverhältnisse zu vorzüglichen Lehrkräften gekommen. Derartiges wird man in Berlin nicht erreichen können und deswegen erkläre ich mich gegen diese Verbindung.

Kultusminister v. Mühlner: In Halle besteht durchaus keine landwirtschaftliche Akademie, sondern nur ein landwirtschaftlicher Lehrstuhl, und gelang es, eine vorzügliche Kraft, den Professor Kühne, dafür zu gewinnen. Bald zeigte sich, daß auch praktische Hilfsmittel ihm zur Verfügung gestellt werden mussten, hierdurch und durch eine Verleihung günstiger Umstände ist der Erfolg erzielt worden. Eine prinzipielle Entscheidung der Frage lag nicht in Absicht.

Der Antrag des Abg. Dr. Fülling wird darauf mit großer Majorität angenommen. (Schluß folgt.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 6. Dezember. Ein Antrag des Abgeordneten Kantak fordert die Errichtung höherer katholischer Lehranstalten im Großherzogthum Posen, (besonders eines Gymnasiums in Bromberg.)

Der Abg. v. Hoverbeck hat zu dem von der Dotations-Kommission

empfohlenen Gesetzentwurf folgendes (den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister von der Dotation ausschließendes) Amendement eingebracht: „Alinea 1 folgendermaßen zu fassen:“

Bur Verleihung von Dotationen an diejenigen preußischen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgang in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie Freiherr v. Moltke, Herzog v. Bittenfeld, v. Steinmeier, Vogel v. Falkenstein, wird eine Summe von 1½ Millionen Thaler aus der eingehenden Kriegsentlastung bereit gestellt.“

Unterstellt ist dieser Antrag von folgenden Mitgliedern der Fortschrittspartei: Runge, Schulze (Berlin), Dr. Ebert, Krieger (Goldap), Dunder, Dr. Paur, Chomie, Boek, Blehn, Birchow, Dr. Kosch, Alischer, Dr. Becker, Hoppe, Berger (Solingen), Dr. Kalau v. d. Hofe, Waldek, Larz, Clasen-Kappelmann, Tischbach, Haebler, Frommer, Keuffel, Beizte, Graf, Schanz, Baur, Dr. Löwe (Kalbe).

Es ist unwahrscheinlich, daß über das Dotationsgesetz morgen in geheimer Sitzung verhandelt werden wird.

Erklärung und Berichtigung.

In Nr. 283 der Posener Zeitung am 3. d. Nov. befindet sich in dem Kammerbericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. November folgender mich betreffender Passus:

„Abg. Kantak gegen die Gehaltszulagen für die in einzelnen Departements als Dolmetscher der polnischen, litauischen und wendischen Sprache fungirenden Bureauassistenten. Dieselben seien unnötig, sobald der Minister nur die Verfügung wieder aufhebe, durch welche er die Assistenten polnischer Herkunft von der Anstellung in den Departements des Großherzogthums Posen und Westpreußen ausgeschlossen hat.“

Es wäre zu viel verlangt, wenn ein Abgeordneter jedesmal die Entstehungen, welche oft in den abgekürzten Kammerberichten seine Worte finden, berichtigten wollte, doch kann ich dies in diesem Falle nicht unterlassen, weil es mir nicht gleichgültig sein kann, wenn bei dem aus einer Quelle geflossenen übereinstimmenden Berichte der Provinzialblätter, — die „Bromberger Zeitung“ ausgenommen, — gerade in meiner Heimat sich vollständig falso die Meinungen verbreiten über meine Ansichten, bei einem Gegenstande, den ich wahrlich nicht für unwichtig halte. Auch will ich nicht, daß mir geradezu etwas, was mir nicht einmal in den Sinn, geschweige in den Mund gelommen ist, und obendrein Uasinn in den Mund gelegt wird.

Erfreus habe ich, und auf die Berichtigung kommt es mir hauptsächlich an, auch nicht ein Wort gegen die Gehaltszulage der Dolmetscher gesprochen (auch gar nicht das Wort bei dieser Position ergrieffen), und waren es gerade die polnischen Abgeordneten, welche wiederholte im Hause die Verbesserung der Lage der Dolmetscher in Anregung brachten und befürworteten. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß ich in dieser Hinsicht vollkommen mit meinen Landsleuten übereinstimme. Dann ist es klar, daß die Aufhebung der bestehenden Verhältnisse des Justizministers nicht die Dolmetscher entbehrlich machen kann, sie haben vor und werden nach der Verfügung bestehen und nicht zu entbehren sein. Endlich aber wäre es ein Uasinn gewesen, zu behaupten, daß die Wiederanstellung polnischer Assistenten im Großherzogthum Posen und Westpreußen, einen Einfluß auf die litauischen und wendischen Dolmetscher haben, und sei es die Anstellung derselben, sei es die Gehaltszulage, für die dieselbe unnötig machen sollte.

Ich halte diese Erklärung hier zur Aufklärung durchaus notwendig, aber auch ausreichend

sen. Noch fehle, namentlich in unserer Provinz, die wahre Einsicht für höhere Bildung, die sich nach und nach Bahn brechen, wie auch die Behörde den Realshul Abiturienten wohl endlich eine höhere Berechtigung einräumen werde. Die Organisation leide allerdings an übermäßig viel Gegenständen. Von der Umänderung der Realshule zu einem Simultangymnasium räth das Gutachten ab. Die Kommission ist darnach zu der Überzeugung gekommen, daß die Uebelstände allgemeine, überall vorhandene und nicht speciell in der Organisation der biesigen Realshule zu suchen sind; die Realshulen sind vielmehr als ein Bedürfnis der Zeit anzusehen. Es werden daher folgende Anträge gestellt: 1) die Realshule möge nicht in ein Simultan-Gymnasium umgewandelt werden, solle vielmehr in ihrer jetzigen Gestalt fortbestehen, 2) die Vorbereitungsschule für die Realshule solle in ihrer private rechtlichen Natur fortbestehen; 3) das Lehrerseminar der Realshule solle aufgefordert werden, sich darüber zu äußern, in welcher Weise das Uebermaß an Lehrgegenständen abgestellt werden könne; 4) es solle gemeinschaftlich mit anderen Realshulen 1. Ordnung an das Ministerium ein motivirter Antrag um Aufhebung der Verdränkungen der Realshul-Abiturienten gestellt und die Berechtigung für die juristische und medizinische Fakultät beantragt werden. Ad. 1, 3. und 4. wird von der Versammlung nach eingehender Debatte genehmigt, ad. 2. dagegen, die Vorbereitungsschule betreffend, abgelehnt und der Antrag aus der Versammlung, die Vorbereitungsschule für die Realshule möge, sobald es die Verträge gestatten, spätestens aber bis zum 1. Januar 1868 von der Verwaltung der Stadt übernommen werden, von der Majorität angenommen. Der Vorsitzende stellt eine Anfrage an den Magistrat in Aussicht, betreffend die gewerbliche Nebenbeschäftigung städtischer Beamten.

Einem Antrage auf Vertagung der folgenden Gegenstände der Tagesordnung: 5) Antrag des Magistrats auf Aufhebung der Bestimmung: daß Neubauende eine dreijährige Befreiung von der Einquartierungslast zuführt. 6) Aufzettung des Magistrats über die Rechtsverhältnisse der v. Raczynskischen Bibliothek. 7) Bericht des Magistrats über den Konsortial-ischen Suppenfonds — wird zugestimmt und damit die öffentliche Sitzung um halb 7 Uhr geschlossen. Die Versammlung bleibt noch zu geheimer Sitzung beisammen.

— General-Versammlung des Rettungsvereins. Im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Rathauses fand am 3. d. M. Abends 8 Uhr die statutenmäßige jährliche General-Versammlung des Rettungsvereins statt, eröffnet vom Direktor des Vereins, Herrn Zimmermeister Krzyzanowski, mit der Mittheilung des Jahresberichtes.

Das verflossene Vereinsjahr ist eines der einflussreichsten für den Verein gewesen, einerseits, weil derselbe zum ersten Male den wohltätigen Einfluß der Wasserleitung auf das gesammelte Feuerlöschwesen kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, andererseits, weil der seit so vielen Jahren angestrehte Bau des Steigerthurnes in diesem Jahre endlich zur Ausführung gekommen ist. Beide Einrichtungen sind den städtischen Behörden zu danken.

Die Übungen des Vereins sind leider im vergangenen Jahre nicht so zahlreich verlaufen worden, als es wünschenswert ist; die Schule lag aber nicht in einem Mangel an Interesse zur Sache, sondern vielmehr in den Folgen des Krieges und der Cholera. In der Praxis dagegen hat der Verein im letzten Jahre Gelegenheit genug gehabt, neue Erfahrungen zu sammeln, so wie hierorts und außerhalb Beweis von den aufzufindenden Thätigkeit der meisten Vereinsmitglieder zu liefern. In der Stadt selbst und deren Vorstädten sind zwar nur 6 Brände zu bekämpfen gewesen, bei denen das Feuer stets auf den Herd seines Entstehens beschränkt wurde; dagegen haben die furchtbaren Feuerbrünste von Jerzyce, Begrze und Kurnik bewiesen, daß das entfesselte Element, namentlich wenn es durch Sturmwind unterstützt wird, trotz der Aufopferung aller Kräfte, nicht so leicht zu bändigen ist. Dem Vereine bleibt jedenfalls das angenehme Bemühssein, sein Möglichstes gethan zu haben. Hierbei muß der sehr wirkame Hülfe des Militärs bei dem Brande in Jerzyce anerkennend gedacht werden; leider wurde diese Hülfe sehr spät erbeten. Daß die königl. Kommandantur die Leistungen des Vereins anerkannt und so oft zu unterstützen bereit gewesen ist, hat sie neuerdings dadurch bewiesen, daß sie dem Vorstande die neu entworfene „Garnison-Feuerlösch-Ordnung für die Garnison Posen“ zur Kenntnisnahme aufzugeben lassen, aus welcher folgende Bestimmungen von besonderer Wichtigkeit sind.

1) Das Militär nimmt bei Feuerbrünsten am Lösch in der Regel gar nicht Theil, aber nur dann, wenn es durchaus nötig wird und die leitende Civilbehörde selbst darum ansucht. Außerdem beschränkt sich hier die

Gedanken des Posener, so wie des verschwisterten Breslauer Rettungsvereins.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1867 werden wir den kgl. Preuß. Staatsanzeiger und die Posener deutsche Zeitung zur Veröffentlichung der die Eintragungen in das Handelsregister betreffenden Nachrichten benutzen.

Die auf die Führung der Handelsregister sich beziehenden Geschäfte wird auch im Jahre 1867 beim hiesigen Gericht der Kreisgerichts-Direktor Ziegert unter Mitwirkung des Kreisgerichts-Sekretärs Kautz bearbeiten.

Samter, den 3. Dezember 1866.
Königliches Kreisgericht.
I. Abteilung.

Im Auftrage des Königlichen Kreis-Gerichts werde ich Dienstag am 11. December d. J. Vormittags um 11 Uhr, zu Zrenica Huben bei Schrada 29.000 Stück gebrannte Biegeln, öffentlich meistbietend gegen gleichbare Bezahlung verkaufen.

Schrada, den 4. Dezember 1866.

Der Auktions-Kommissar.
Schroeder.

Rauf-Gesuch.

Eine Herrschaft in Größe von 20.000 bis 30.000 Morgen und darüber, wird bei beliebig hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. Gute Tage im Großbergzogthum oder Schlesien wird besonders befürchtigt. Nur direkte Offeranten werden entgegen genommen und Beibit Unterhandlung unter dem Rubr. V. Z., poste restante franco Sprottau, innerhalb 14 Tagen erbeten.

Verkauf eines Färbereigeschäfts.

Ich bin mit Rücksicht auf mein Alter Wilsens, mein, seit vielen Jahren im blühenden Betriebe befindliches Färbereigeschäft aufzugeben und unter vortheilhaftesten Bedingungen zu verkaufen.

Das Grundstück besteht aus einem großen Wohnhause, in welchem gleichzeitig die Färberei betrieben wird, nebst Stallgebäuden und einem, 1 Morgen großen daran stehenden Obstgarten, unmittelbar an dem Odraflusse gelegen, der seit Jahren als Gesellschaftsgarten von dem biesigen Bürgervereine benutzt wird.

Dasselbe eignet sich seiner Größe wegen auch zu jeder andern gewerblichen Anlage.

Meserit.

Heinrich Jockisch.

Produkten-Börse.

Berlin, 5. Dezbr. Wind: NW. Barometer: 28. Thermometer: früh 7°+. Witterung: Feucht und milde.

Die Stimmung für Roggen war auch an heutigem Markte sehr gedrückt. Mit Ware ging es sehr schwierig, auch ermäßigte Forderungen haben sonderliche Beachtung nicht gefunden. Gefündigt 7000 Ctr. Kündigungsspreis 55½ Rtl.

Rübbel etwas matter und bei geringem Handel nur eine Kleinigkeit billiger erlossen.

Für Spiritus waren Verkäufer heute wieder zahlreich, daher mussten Preise neuerdings merklich nachgeben, doch ist dadurch ein ziemlich lebhafter Umsatz erzielt worden. Gefündigt 40,000 Quart. Kündigungsspreis 15½ Rtl.

Weizen loko und Termine leblos.

Häfer loko schwer zu placiren, Termine matter. Gefündigt 600 Ctr. Kündigungsspreis 26½ Rtl.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 69—84 Rtl. nach Qualität, p. 2000 Pfd. Dezbr. 76½ Rtl. nominell, April—Mai 77½ Rtl., Mai—Juni 78½ Rtl.

Roggen p. 2000 Pfd. loko 79½ Pfd. 55½ a 57 Rtl. ab Bahn bz. 83½ Pfd. 57½ Rtl. frei Haus bz. Dezember 56 a 54½ Rtl. bz. u. Gd., ½ Br.

Dezbr.—Jan. 55½ a 55 bz., Jan.—Febr. 55 a 54½ bz., Frühjahr 53½ a 53 bz., Mai—Juni do., Juni—Juli 54 a 53½ bz., Juli 54½ bz.

Geferte loko p. 1750 Pfd. 45—52 Rtl.

Häfer loko p. 1200 Pfd. 25½ a 28½ Rtl. schles. 26 a ½, böhm. 26½ a ½ Rtl. ab Bahn bz., Dezbr.—Jan. 26½ Br., Dezbr.—Jan. 26½ Br., Frühjahr 27½ bz., Mai—Juni 27½ bz., Juni—Juli 28 bz.

Erbse p. 2250 Pfd. Kochwaren 62—70 Rtl. Futterwaare 52—60 Rtl.

Rübbel loko p. 100 Pfd. ohne Fass 12½ Rtl. Br., Dezbr. 12½ a ½ bz., Dezbr.—Jan. 12½ a ½ bz., Jan.—Febr. 12½ Br., März—April 12½ bz., April—Mai 12½ a ½ bz., Mai—Juni 12½ Br.

Leinöl loko 132 Rtl.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Fass 15½ a 16 Rtl. bz., Dezbr. 15½ a 2½ a ½ bz. u. Br., Dezbr.—Jan. do., Jan.—Febr. 15½ a 2½ a ½ bz. u. Gd., ½ Br., Febr.—März 16 a ½ a 16 bz., April—Mai 16½ a ½ a ½ bz. u. Br., ½ Gd., Mai—Juni 16½ a ½ a ½ bz. u. Gd., ½ Br., Juni—Juli 17 Br., 16½ Rtl. Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5½—½ Rtl., Nr. 0. u. 1. 5½—5 Rtl., Roggenmehl Nr. 0. 4½—½ Rtl., Nr. 0. und 1. 4½—4 Rtl. bz. pr. Ctr. unverfeuert.

(B. H. B.)

Stettin, 5. Dezbr. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Trübe, milde Luft, + 9° R. Barometer: 27.10. Wind: SW, schwach.

Weizen wenig verändert, loko p. 85 Pfd. gelber 75—81½ Rtl. bz., 83½ Pfd. gelber pr. Dezbr. 81 Br., 80½ Gd., Frühjahr 82½, 1, 83, 82½ bz. u. Br., ½ Gd.

Roggen flau, p. 2000 Pfd. loko 53—54½ Rtl., pr. Dezbr. 54, 53½, ½ bz. u. Gd., Dezbr.—Jan. 53 bz. u. Br., Frühjahr 53, 52½ bz., Gd. u. Br., Mai—Juni 53 bz. u. Br.

Geferte, Häfer und Erbsen ohne Umsatz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Geferte Häfer Erbsen

76—82 54—58 46—50 27—30 54—60 Rtl.

Heu 15—25 Sgr. Stroh 6—8 Rtl.

Kartoffeln 16—20 Sgr.

Rübbel still, loko 12½ Rtl. Br., pr. Dezbr. 12½ Br., ½ Gd., Dezbr.—Jan. 12½ Br., April—Mai 12½ Br.

Spiritus flau und niedriger, loko ohne Fass 15½, ½ Rtl. bz., pr. Dezember 15½ bz., Dezbr.—Jan. ohne Fass 15½ bz., Frühjahr 16 bz. u. Br.

Angemeldet: 50 Wispel Roggen.

(Dtsf. = Btg.)

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 44½ bz

do. National-Anl. 5 51½ bz

do. 250fl. Präm. Ob. 4 58½ G

do. 100fl. Kred. Coop. — 67½ bz

do. 5pr. Coop. (1860) 5 62½ bz u. G

do. Pr. Sch. v. 1864 37½ bz

do. Slb. Anl. 1864 5 58½ bz u. G

Staatsliche Anleihe 5 53½ ½ bz

5. Stiegliq. Anl. 5 63½ bz

do. 5. do. 58½ bz

Englische Anl. 5 85 G

N. Russ. Egl. Anl. 3 52 G

do. v. T. 1862 5 85½ bz

do. 1864 5 87½ G

do. engl. 5 87½ G

do. Pr. Anl. 1864 5 93 bz, n. 86½

Poln. Schap.-D. 4 63½ bz [bz]

do. II. 4 —

do. III. 4 83½ G

do. IV. 4 94 G

do. V. 4 82½ bz

do. Oderb. (Wih.) 4 —

do. III. Em. 4 — IV —

do. 1865 4 93½ G

do. Magdeb. Halberst. 4 96 G

do. Bittenb. 3 67½ bz

do. Mosk. Rjasan S. 5 84½ bz u. G

Niederschl. Märk. 4 89 G

do. II. c. 4 —

do. conv. 4 89 G

do. conv. III. Ser. 4 87½ G

do. IV. Ser. 4 36½ bz

Niederschl. Zweigb. 5 100 G

Nordb. Fried. Wih. 4 —

Oberlechf. Litt. A. 4 —

do. Litt. B. 3½ —

do. Litt. C. 4 88 G

do. Litt. D. 4 88 G

do. Litt. E. 3½ 78½ G

do. Litt. F. 4 93½ G

do. Franz. St. 3 235 bz

do. Südl. Staatb. 3 218½—17½ bz

Pr. Wih. I. Ser. 5 —

do. II. Ser. 5 —

do. III. Ser. 5 —

do. II. Ser. 5 —

do. III. S. (R. S.) 3 77 bz

do. Lit. B. 3½ 77 G

do. IV. Ser. 4 —

do. V. Ser. 4 92½ bz

do. Düsseldorf. Elberf. 4 —

do. II. Em. 4 —

do. 1862 4 95½ bz

do. Darmstädter Kred. 4 95½ bz

do. Zettel. Bank 4 95 G

do. Darmstädter Kred. B. 0 2½ B

do. Darmstädter Landesb. 4 —

</div